

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Breckerfeld, Dabberbrück, Schalksmühle, Bräse, Oberbräse, Löhenscheld, Sollwerk, Ullme, Kierspe-Bahnhof, Kierspe, Rönshol, Metternhagen, Ualbert, Mühlbofe, Kupferberg, Kreuzberg, Radevormwald usw.

Redaktion, Druck und Verlag: Wilhelm Bell Jr., Halver i. Westfalen.

Fernsprecher Nr. 43 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 39

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. -- Bezugspreis: Vierteljährlich am Posthalter abgeholt Mark 2.70, durch die Boten Mark 3.00, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht Mark 3.12.

Halver

Samstag, den 15. Februar.

Anzeigen: Für die einseitige Beilage oder deren Raum 20 Bg., Reklamelle 60 Bg. -- Jede Beilageentlohnung wird hinfällig bei unangefangener Beilage.

1919

Das neue Reichsministerium.

ml. Weimar, 13. Februar.

Nach mehrtägigen Verhandlungen ist es gelungen, für das Kabinett unter dem Vorsitz Scheidemanns die Amtverteilung endgültig vorzunehmen. Heute stellte sich das neue Ministerium der Nationalversammlung in folgender Zusammenfassung vor:

Präsident des Reichsministeriums	Philipp Scheidemann
Vertreter des Ministerpräsidenten	Schiffer
und Reichsminister der Finanzen	Graf Brockdorff-Rantzau
Reichsminister des Auswärtigen	Dr. Bredt
Reichsminister des Innern	Bauer
Reichsarbeitsminister	Wißel
Reichswirtschaftsminister	Robert Schmidt
Reichsernährungsminister	Randberg
Reichsjuristenminister	Roske
Reichswehrminister	Dr. Bell
Reichskolonialminister	Giesberts
Reichspostminister	Dr. Roeth
Reichsminister des Mobilisierungsamts	Dr. David, Erzberger, Gothein.
Reichsminister ohne Portefeuille	

Von dem anfänglichen Plan, sieben Angehörige der Mehrheitssozialdemokratie, je drei Zentrumskräfte und drei bürgerliche Demokraten zu ernennen, während man den Grafen Brockdorff-Rantzau gleichsam als Neutralen beibehalten wollte, ist also insofern abgewichen worden, als noch ein zweiter Neutraler, der Reichsminister des Mobilisierungsamts, Dr. Roeth, in das Kabinett aufgenommen wurde. Das Ministerium besteht also nun aus 16 Mitgliedern und zählt sieben Mehrheits-Sozialdemokraten, Scheidemann, Bauer, Wissel, Robert Schmidt, Randberg, Roske und Dr. David. Dem Zentrum gehören drei Minister an, Dr. Bell, Giesberts und Erzberger. Die Demokraten stellen ebenfalls drei Männer, Schiffer, Dr. Bredt und Gothein, während man die Herren Graf Brockdorff-Rantzau und Dr. Roeth wohl vorläufig als Neutrale, d. h. keiner Partei zugehörig, bezeichnen darf. Sieben Sozialdemokraten stehen also acht Vertreter der bürgerlichen Richtung gegenüber. Dr. Roeth war im Kriege aktiver Offizier, Oberstleutnant und Chef der Rüstungsabteilung im preussischen Kriegsministerium. Herr Roeth ist jedoch aus der Armee ausgeschieden und leitete bisher schon das Mobilisierungsamt, das aber erst jetzt zu dem Range eines Reichsministeriums erhoben wurde und natürlich nur für eine vorübergehende Zeitpanne bestehen bleibt.

Scheidemanns Programmrede.

(6. Sitzung.)

ml. Weimar, 13. Februar.

Die neuen Reichsminister nehmen bei Beginn der heutigen Sitzung der Nationalversammlung auf den Regierungstisch Platz, darunter auch Dr. David, der somit das Amt des Präsidenten der Versammlung schon niedergelegt hat. Den Vorsitz führt Vizepräsident Haukmann. Die Wahl des neuen Präsidenten soll morgen erfolgen, als sicherer Kandidat erscheint der jetzige Vizepräsident Fehrenbach vom Zentrum. Als bald nimmt Ministerpräsident Scheidemann unter genannter Aufmerksamkeit des Hauses das Wort zu seiner großen politischen Programmrede. Er führt u. a. aus:

„Mein erstes Wort soll ein Bekenntnis sein zu dem Gedanken der Volksherrschaft, den diese Versammlung verkörpert. Aus der Revolution geboren, ist es ihr Beruf, das geistige Gut der Revolution vor Verschleierung zu bewahren, es zum dauernden Besitz des Volkes zu machen. Er fährt fort: Seit dem Zusammentritt dieser Versammlung gebe es auf deutschem Boden keine rechtmäßige Gewalt, die nicht von ihr verliehen, in ihrem Auftrag ausgeübt werde. Die provisorische Regierung habe schon in ihrer ersten programmatischen Erklärung vom 9. November die Wahl angekündigt und gegen alle Widerstände durchgeführt. Jetzt wäre

die Zeit der Gewalt Herrschaft ein für allemal vorüber und keine Macht der Welt werde jemals ungestört wagen dürfen, das gleiche politische Recht aller Volksgenossen anzutreten. Als größte Errungenschaft des neuen Rechtszustandes begrüßt Scheidemann die Gleichstellung der Frauen. Übergehend auf Krieg und Niederlage nennt er es das Schlimmste in der Tragik eines zur Niederlage bestimmten Volkes, das es vor der brutalen Wahrheit die Augen schließen müsse, an ein Befestigen nicht glauben dürfe, wenn es das selbe nicht herbeiführen wolle. Der 9. November enthüllte die nackte Wahrheit. Das unter Volk in diesem furchtbaren Augenblick noch die Kraft besaß, die alten Höhen zu zertrümmern und die eigene Herrschaft auszurufen, darin erblickt der Ministerpräsident

die härteste Aufgabe für die Zukunft. Er schildert dann die Übernahme der Regierung, das Zusammenarbeiten mit den Unabhängigen, das mit seiner politischen Befähigung der Regierungstellen von vornherein mit einer Erbünde vor dem Geist der Demokratie beladen gewesen sei. Er geht auf die verurteilte Gewalt Herrschaft einer verwegenen Minderheit über, auf deren Befähigung und den daran anschließenden Austritt der Unabhängigen. Diese habe die Nationalversammlung nicht als Ort und Ziel der Konterrevolution befähigt, während sie doch nicht anders sein kann als die Versammlung, welche die magna charta der Revolution beschließen müsse. Der Ausfall der Wahl hat die Bildung einer Koalitionsregierung notwendig gemacht, der eine breite Vertrauensgrundlage zu geben war. Die so aufgebaute neue Regierung habe nun die schwere Aufgabe,

den Frieden zu schließen.

keine mit neuen Kriegsvorbereitungen ausgefüllte Ermattungsphase eines ermüdeten Kampfes, sondern einen friedensvollen Aufbau des neuen Weltvertrages. Herr Scheidemann verlangt Festhaltung am Programm des Präsidenten Wilson, nach dem Deutschland das Vaterland aller sein solle, die Deutsche und als Deutsche frei sein wollen. Ein niedergelagertes Deutschland wäre für alle Völker der Welt ein Unglück und eine Gefahr, und wie zur Zeit der militärischen Erfolge Deutschlands unsere Alldeutschen eine Bedrohung der Welt gewesen seien, so seien es jetzt die Alldeutschen des Auslandes. Wer die alte Welt in unveränderter Form wieder aufzurichten wolle, sei der gefährlichste Gegenrevolutionär. Die vorläufige Verfassung durchsprechend, hebt Scheidemann die

demokratische Ordnung des Staatswesens

hervor, das jeden einzelnen Angehörigen der bewaffneten Macht jede Freiheit wahren, der Armee als Ganzem aber das Treiben einer eigenen Politik verbietet, sei es eine royalistische oder bolschewistische. Für das Zusammenarbeiten zwischen Reich und Einzelstaaten bekennt sich der Minister zu dem Grundsatz: Einheit in Freiheit. Der Ministerpräsident erinnert noch einmal an die Ergebnisse der Wahl vom 19. 1. die feiner Gesellschaftsbeziehung das absolute Übergewicht gegeben habe und verweist auf die sozialistischen Mitglieder des Kabinetts von Fall zu Fall für ihre Überzeugung.

demokratische Ordnung des Staatswesens

hervor, das jeden einzelnen Angehörigen der bewaffneten Macht jede Freiheit wahren, der Armee als Ganzem aber das Treiben einer eigenen Politik verbietet, sei es eine royalistische oder bolschewistische. Für das Zusammenarbeiten zwischen Reich und Einzelstaaten bekennt sich der Minister zu dem Grundsatz: Einheit in Freiheit. Der Ministerpräsident erinnert noch einmal an die Ergebnisse der Wahl vom 19. 1. die feiner Gesellschaftsbeziehung das absolute Übergewicht gegeben habe und verweist auf die sozialistischen Mitglieder des Kabinetts von Fall zu Fall für ihre Überzeugung.

Note Rosen.

Roman von F. Courtys Mahler.

Nachdruck verboten.

Sie saß kraftlos in den Sessel zurück und presste das kleine Epheutäschchen an ihren Mund, als müsse sie einen qualvollen Aufschrei zurückdrängen. In dieser Stunde erkannte sie erst voll und ganz, wie sehr sie diesen Mann liebte. So sehr liebte sie ihn, daß sie jetzt kaum daran dachte, was sie mit seiner Person zugleich aufgeben mußte. Aber sie rang verzweifelt mit sich selbst, daß sie ihre Fassung zurückeroberte, damit sie sich nicht noch mehr verriet. Jetzt durfte er keine Ahnung davon bekommen, was sie ihm vorhin nur zu gern verraten wollte, — daß sie ihn liebte. „Warum? Mein Gott — ich bin zu sehr überfordert — so fassungslos — ich meine — ja — ich meine — ich weiß doch daß du — daß du Prinzessin Helene — die Großherzogin Albert — liebst — liebst.“ Kammete sie, nach einem plausiblen Grund ihres Benehmens suchend.

Er fuhr auf und in seinem Gesicht spannten sich die Muskeln. Seine Augen blickten plötzlich scharf, fast drohend.

„Wer hat dir das gesagt, Gerlinde?“

Sie biß sich in die Lippen.

„Wer — nun, das ist doch gleich,“ sagte sie dann tonlos.

„Nein, das ist mir nicht gleich. Das Geheimnis meines Herzens hat nie ein Mensch erfahren, außer den zunächst Beteiligten. Ich muß wissen, wer dir das gesagt hat, Gerlinde.“

Sie kramte ihre Hände zusammen. Da hatte sie eine Dummheit begangen in der Fassunglosigkeit. Zu der Kenntnis von Rainers Liebe zur Prinzessin Helene war sie nicht auf einwandfreie Weise gekommen. Sie hatte sich eines Tages in Rainers Armpioniert. Dabei war ihr ein Brief der Prinzessin Helene in die Hände gefallen — ihr Abschiedsbrief an ihn. Und den hatte sie gelesen. Angstvoll suchte sie nach einer Ausrede und zwang ein schattenhaftes, Rätsel in ihr Gesicht.

„Rochus hat es mir eines Tages verraten, daß du Prinzessin Helene liebst, daß du heimlich mit ihr verlobt warst.“

Noch immer sah er sie bleich und drohend an. „Rochus? Woher wußte das Rochus? Ich habe es ihm nie anvertraut. Nicht einmal mein eigener Bruder hat den Namen der Dame gewußt, der mein Herz gehörte. Ich habe mich mit meinem Ehrenwort verbürgt, ihn niemand zu nennen.“

Gräfin Gerlinde wußte, daß sie nur die größte Ruhe und Bestimmtheit davor schätzen konnte, als Epionin entlarvt zu werden. Daß sie dabei ihren toten Gatten anklagte, in fälschlicher Weise, irritierte sie nicht.

„Rochus hat eines Tages einen Brief der Prinzessin Helene an dich auf deinem Schreibtisch gesehen; ich glaube, als er dich in Schellinghausen besuchte. Und den hat er zum Teil gelesen.“

Gräfin Gerlinde lächelte höhnisch und bitter. Sie hatte nun wieder Oberwasser, da sie merkte, daß er ihren Worten Glauben schenkte.

„Was willst du, Rochus tat sich noch etwas darauf zugute, daß er hinter dein sorgfältig behütetes Geheimnis gekommen war. Er maß der Sache natürlich nicht so viel Wichtigkeit bei, wie du. Im übrigen kannst du ruhig sein, er hat mit keinem Menschen darüber gesprochen, als mit mir.“

„Das war schon zu viel. Ueberhaupt — ich verstehe Rochus nicht und hätte ihm nie eine solche Indiskretion zugetraut. Es muß ein ganz seltsamer Zufall gewesen sein, daß er diesen einzigen Brief, den ich besitze, zu Gesicht bekommen hat, denn ich habe ihn immer streng gehütet. Es muß ausgerechnet der Moment gewesen sein, da ich den Brief aus meiner Brieftasche auf meinen Schreibtisch gelegt habe, um ihn einzuschließen.“

„Ja, ja“, sagte sie hastig, „so wird es gewesen sein. Du wolltest mir ja vorhin nicht glauben, daß Rochus oberflächlich war. Er hat darüber gelacht wie über einen guten Scherz. Ich habe mir gleich gesagt, daß dir das peinlich sein mußte und habe nicht nur Rochus strengstes Stillschweigen darüber zur Pflicht gemacht, sondern auch selbst es gewahrt. Du kannst also unbedorrt sein.“

„Ja, ja“, sagte sie hastig, „so wird es gewesen sein. Du wolltest mir ja vorhin nicht glauben, daß Rochus oberflächlich war. Er hat darüber gelacht wie über einen guten Scherz. Ich habe mir gleich gesagt, daß dir das peinlich sein mußte und habe nicht nur Rochus strengstes Stillschweigen darüber zur Pflicht gemacht, sondern auch selbst es gewahrt. Du kannst also unbedorrt sein.“

„Ja, ja“, sagte sie hastig, „so wird es gewesen sein. Du wolltest mir ja vorhin nicht glauben, daß Rochus oberflächlich war. Er hat darüber gelacht wie über einen guten Scherz. Ich habe mir gleich gesagt, daß dir das peinlich sein mußte und habe nicht nur Rochus strengstes Stillschweigen darüber zur Pflicht gemacht, sondern auch selbst es gewahrt. Du kannst also unbedorrt sein.“

„Ja, ja“, sagte sie hastig, „so wird es gewesen sein. Du wolltest mir ja vorhin nicht glauben, daß Rochus oberflächlich war. Er hat darüber gelacht wie über einen guten Scherz. Ich habe mir gleich gesagt, daß dir das peinlich sein mußte und habe nicht nur Rochus strengstes Stillschweigen darüber zur Pflicht gemacht, sondern auch selbst es gewahrt. Du kannst also unbedorrt sein.“

„Ja, ja“, sagte sie hastig, „so wird es gewesen sein. Du wolltest mir ja vorhin nicht glauben, daß Rochus oberflächlich war. Er hat darüber gelacht wie über einen guten Scherz. Ich habe mir gleich gesagt, daß dir das peinlich sein mußte und habe nicht nur Rochus strengstes Stillschweigen darüber zur Pflicht gemacht, sondern auch selbst es gewahrt. Du kannst also unbedorrt sein.“

ohne dadurch eine mit dem Geist der Demokratie unvereinbare Position auszuüben.

Der Spruch des Volkes, sagt der Ministerpräsident endlich, habe die Regierungspartei zur Gemeinsamkeit der Arbeit aufgefordert. Nun gelte es, an diese Arbeit zu gehen: Bahn frei für das drängende, ungeahnte Neue. Dann werden wir es schaffen!

Reichspräsident Ebert an die Presse.

ml. Weimar, 13. Februar.

Bei dem Empfang der Pressevertreter prägte der Präsident in einer Ansprache den Satz, daß die Demokratie auf ihrem Wege zur Sozialisierung die Mitarbeit einer von jeder Beschränkung entbundenen freien Presse mit ihren Anregungen und Vorschlägen zu schätzen wissen werde. Über die Sozialisierung sei vollkommene Übereinkunft bei der neuen Regierung erzielt worden. Danach sollen Wirtschaftszweige, die nach ihrer Art und ihrem Entwicklungsgang einen privatmonopolistischen Charakter angenommen haben und dadurch zur Sozialisierung reif geworden sind, auf Reich, Staat, Gemeindeverbände und Gemeinden zu übernehmen sein, und als solche Wirtschaftszweige werden besonders erwähnt die Bergwerke und die Erzeugung von Energie. Deutschland sei reif geworden zur Demokratie, nun müsse es reif werden zum Sozialismus. — Die Ansprache wurde von den versammelten Pressevertretern günstig aufgenommen und mit einem Hoch auf den Präsidenten erwidert.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Auskunftspläne der Banken in Steuerfragen. Der Nationalversammlung wird demnächst auch der Entwurf einer Reichsabgabeordnung vorgehen. Diese enthält eine Anzahl Bestimmungen, die den Veranlagungsbehörden die Mittel an die Hand geben, um über den wirklichen Stand des Einkommens und Vermögens zuverlässigen Aufschluß zu erlangen. Dabei ist auch eine Vorschrift in Aussicht genommen, die die Banken verpflichtet, in gewissem Sinn und Umfang über die Höhe der bei ihnen bestehenden Guthaben Auskunft zu erteilen.

+ Frankreich entläßt den Mainzer Oberbürgermeister. Nach einer Meldung aus Mainz hat der französische General Mangin den Oberbürgermeister von Mainz, Dr. Göttemann, verurteilt, seine Entlassung zu nehmen. Der zweite Bürgermeister Dr. Kufz wurde von den Franzosen mit der Führung der Geschäfte der Verwaltung beauftragt.

+ München gegen Eisner. Der bayerische Ministerpräsident Eisner wendet sich in einer Erklärung gegen die Presseberichte aus Bern, er sei entschlossen, seine Wilsch weiter zu tun, so widerwärtig es gegenwärtig auch sei, mit einer Welt von Lügen und Dummheit zu ringen. Demgegenüber ist zu bemerken, daß anscheinend auch die engere bayerische Regierung gegen Eisner ist, da diese in dessen Abwesenheit endlich den Landtag einberief. Auch erklärte ein Gewerkschaftsführer in einer Versammlung, eine Regierung, die nichts für unsere Gefangenen tue, sei nicht wert, an der Spitze des freien Volksstaates zu stehen. Draufender Beifall folgte diesen Ausführungen. Rufe ertönten: Herunter mit Eisner! Raus aus Bayern! Ein

Graf Rainer faßte ihre Hand, die kalt und leblos in der seinen lag.

„Dafür bin ich dir zu großem Dank verpflichtet, Gerlinde, und ich möchte dich bitten, dies Stillschweigen auch in Zukunft nicht zu brechen. Nicht meinethwegen bitte ich darum, sondern wegen der Großherzogin Helene und den höchsten Herrschaften. Der Großherzog weiß nichts von jener Episode aus dem Leben seiner hohen Gemahlin.“

„Da du nun soviel weißt“, fuhr Graf Rainer fort, „muß ich dir noch mitteilen, daß ich allerdings mit Prinzessin Helene heimlich verlobt war. Wir hofften, die Einwilligung des Herzogs zu unserem Bunde zu erhalten; aber da erfuhren wir, daß der Herzog die Hand seiner Schwester bereits dem Großherzog zugesagt hatte. Wir mußten uns der bitteren Notwendigkeit fügen. Schweren Herzens haben wir uns getrennt. Ich bin deshalb bisher ein einsamer Mann geblieben. So, Gerlinde — nun weißt du alles, und ich bitte dich nochmals um strengste Discretion. Diese Angelegenheit muß Geheimnis bleiben. Du wirst das ermessen können, wenn ich dir sage, daß ich nicht einmal meiner Braut etwas davon gesagt habe.“

Gräfin Gerlinde hatte in einer dumpfen Erstarrung auf seine Worte gehört. Nun die Gefahr der Entdeckung vorüber war, hatte diese vergangene Episode aus seinem Leben kein Interesse mehr für sie. Sie schreckte erst wieder auf, als er von seiner Braut sprach.

„Ich werde natürlich schweigen. Aber — du hast mir noch gar nicht gesagt, mit wem du dich verlobt hast.“

Der gespannte, beinliche Ausdruck verschwand aus seinen Zügen. Er strich sich über die Stirn und lächelte.

„Wahrhaftig, Gerlinde, über dieser Erörterung habe ich das vergessen. Also, meine Braut ist die Freiin Josta von Waldow, die Tochter des Ministers.“

Wieder fuhr die Gräfin auf.

„Das ist doch unmöglich!“

Er sah sie kopfschüttelnd an.

„Ich verstehe dich nicht. Unmöglich? — so sagst du zum zweiten Male. Warum erscheint dir meine Verlobung so unmöglich?“

Sie zwang sich mit aller Kraft zur Ruhe.

Fortsetzung folgt.

Mitglied des Zentralratrates sagte, wenn sich Eisner nicht ausreichend rechtfertige, so würde er hinausgeworfen.

Die mobilen Divisionen gegen den Zentralrat der Ostfront. Die mobilen Divisionen im Osten haben an den Zentralratrat der Ostfront folgendes Telegramm gerichtet: „Sämtliche mobilen Divisionen in Ost- und Westpreußen protestieren entschieden dagegen, daß der Zentralrat sich als Vertretung der Truppenverbände in dieser Provinz aufstellt. Wir erkennen nur eine von uns selbst gewählte Vertretung an und fordern den sogenannten Zentralrat auf, baldmöglichst den Boden dieser Provinz zu verlassen.“

Die neuen Waffenstillstandsverhandlungen sind schon wieder aufgenommen worden, nachdem die Alliierten ganz plötzlich darauf drangen, daß die Besprechungen schon am 14. Februar in Trier ihren Anfang nehmen sollten. Die deutschen Delegierten haben sich daraufhin sofort nach Trier begeben. Ursprünglich hatte die Entente erklärt, es habe keine Eile und der Waffenstillstand könne zunächst stillschweigend weiterlaufen.

Keine westdeutsche Republik. In Weimar haben sich Abgeordnete der westdeutschen Landesteile, Rheinland, Westfalen, Hannover, Oldenburg, Hessen-Nassau und Pfalz zu einer Besprechung zusammengefunden, die sich namentlich auch mit der Frage der westdeutschen Republik beschäftigte. Die Besprechung, die strengvertraulichen Charakter trug, ergab eine große Mehrheit gegen die Bildung eines neuen Freistaats, die lediglich in einem Kölner Zentrumsabgeordneten einen Fürsprecher fand.

Einigung in Münster i. W. Bei den Verhandlungen des Generalkommandos des 7. Armeekorps mit einzelnen Vertretern des Generalsoldatenrats wurde eine Einigung erzielt. Der Generalsoldatenrat verpflichtet sich, bis zur endgültigen Stellungnahme der Regierung die Ausführung seiner gegen die Regierung gerichteten Beschlüsse zu unterlassen und nichts gegen das Generalkommando zu unternehmen. Die Verhandlungen zur Neuwahl des Korpsoldatenrats werden sofort aufgenommen.

Frankreich.

Die französischen Menschenverluste, die durch den Krieg entstanden sind, belaufen sich auf rund 2 Millionen. Es sind in dieser Berechnung die französischen Kriegsverluste mit 1,4 Millionen an Toten und Vermissten, und der Ausfall an Männergeburt mit 600 000 veranschlagt. Im Jahre 1913 betrug der Geburtenüberschuß 17 366, im Jahre 1917 der Ausfall 269 838. Insgesamt betrug der Überschuß an Toten bei beiden Geschlechtern während der vier Kriegsjahre 838 160.

Großbritannien.

Deutschland muß zahlen — Raub der deutschen Kolonien. Lloyd George erklärte im Unterhause nochmals, daß Deutschland bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeiten zahlen müsse. Die deutschen Kolonien würden niemals an Deutschland zurückgegeben werden. Auch sei eine völlige Übereinstimmung über die Grenzen im Westen erzielt worden. Die Ostgrenzen seien eine andere Frage.

Polen.

Verhandlungen mit Rußland. Der polnische Ministerpräsident Paderewski hat einen Funtspruch an die Sowjetregierung gerichtet zwecks Einleitung von Verhandlungen. Eine prompte Erledigung aller Streitfragen liege im Interesse beider Länder. Die polnische Regierung ist also weit davon entfernt, den Kampf gegen den Bolschewismus endlich aufzunehmen.

Rumänien.

Die Revolution, die plötzlich in Bukarest ihren Anfang nahm, hat weitere Kreise gezogen, da sich der Bolschewismus in der Armee verbreitet. Die Königsfamilie verließ, nach Jassy zu flüchten, mußte aber, weil die Arbeiter die Straße verperrten, nach Bukarest zurückkehren. Das königliche Palais wurde beschossen und der König leicht verletzt. Die Finanzen des Landes sind vollständig zerrüttet.

Aus In- und Ausland.

München. Die Regierung ruft alle wehrfähigen Männer Bayerns zur Bildung einer freiwilligen Seimatschutztruppe in Bayern auf, um die Ordnung im freien Volksstaate gegen die Gefahr eines von den Bolschewisten drohenden Krieges im Lande zu schützen.

Damburg. Die zweite Tochter des verstorbenen Fürsten Herbert v. Bismarck und seiner Gemahlin, geborene Gräfin Sopos, Gräfin Goedela v. Bismarck, geboren am 4. März 1896, hat sich in Friedrichshagen mit dem Grafen Hermann Rosenfeldt verlobt.

Breslau. Die Zusammenstöße am Untersuchungsgefängnis in der Graupenstraße haben bisher 15 Tote gefordert. Verletzte wurden bisher 40 gezählt, darunter 20 Schwerverletzte.

Bern. Wie der „Temps“ aus Madrid meldet, wird König Alfons eine Reise nach Südamerika unternehmen, um Brasilien zu besuchen.

London. Die Meldung von der Schaffung eines internationalen Heeres und einer solchen Flotte wird von Reuter dementiert.

Washington. Das Staatsdepartement gibt bekannt, daß die Vereinigten Staaten Japans Vorschlag für einen Wiederaufbau der Eisenbahnen in Sibirien unter alliierter Kontrolle angenommen haben.

Pariser Zwischenspiele.

Die Pariser Konferenz hat sich bekanntlich gegen jede Geheimdiplomatie erklärt und daher den Pressevertretern einen täglichen Bericht ihrer Arbeiten zu geben versprochen. Sie hat ihr Wort gehalten. Die Presse erhält täglich einen Bericht. Nur lautet er anders für die französische, als für die englische und amerikanische Presse. So kommt es, daß man in der ganzen Welt auf Vermutungen über den Stand der Verhandlungen angewiesen ist und daß man nur mit Sicherheit eines weiß: daß zwischen den Verbündeten über mancherlei für den Fortgang der Verhandlungen wichtige Fragen starke Meinungsverschiedenheiten herrschen. Und noch eines kann die Welt der Fülle der einander widersprechenden Nachrichten entnehmen: daß Frankreich vor dem zusammengebrochenen Deutschland in banger Furcht lebt und deshalb immer neue Sicherungen vor der Macht des gequälten und gedemütigten Feindes verlangt. Man muß an diese sinnlose, fast kindliche Furcht Frankreichs glauben, wenn man nicht annehmen will, daß alle die „Sicherungen“ nur gefordert werden, um uns der letzten wirtschaftlichen Kraft zu berauben, um uns für immer und auf allen Gebieten wehrverunsichert zu machen.

Dazu kommt aber, daß man nachgerade sich von der Unmöglichkeit überzeugt hat, den Zustand zwischen Krieg und Frieden, diese ewig bewaffnete Bereitschaft der Ententeheere noch beliebig lange fortzusetzen. In Italien, England und Frankreichs Heeren, nicht minder in den Scharen, die unter dem Sternbanner kämpfen, ertönt immer wieder der Schrei: „Nach haufel Macht ein Ende!“ Und unter dem Druck dieser Stimmung hat sich denn der Oberste Kriegsrat entschlossen, wenn irgend möglich bald

zu einem endgültigen Frieden zu gelangen. Zu diesem Zweck will man auf die immer wiederkehrende Erneuerung des Waffenstillstandes verzichten und den Waffenstillstand am 17. d. Mts. in eine militärische Konvention verwandeln. Diesem ersten Akt des endgültigen Friedens sollen später politische, wirtschaftliche und die Gebietsabtretungen betreffende Bestimmungen hinzugefügt werden.

Das klingt außerordentlich zukunftsfröhlich; denn unter einer Konvention versteht man bisher ein Abkommen Gleichberechtigter, das auf dem Wege des Verhandels durch Geben und Nehmen und unter beiderseitigen Zugeständnissen abgeschlossen wurde. Wir aber dürfen und wollen uns keinen Illusionen hingeben. Unter Ausnutzung unserer Notlage wird Frankreich — denn um dieses handelt es sich im wesentlichen — ungehindert durch Amerika und die anderen Verbündeten unsere endgültige und restlose Wehrlosmachung bestimmen. Wenn man Verichten holländischer Blätter Glauben schenken darf, so will Frankreich die deutsche Heeresstärke auf 20 bis 25 Divisionen festsetzen und als „Sicherheit“ für die Herabsetzung der „deutschen Heeresmacht“ auf diese Biffer die Befehle Essens mit Umgebung, sowie sämtlicher Nord- und Ostseehäfen verlangen. Nach anderen Verichten soll auch die Auslieferung allen Heeresmaterials gefordert werden, das nicht für die Bedürfnisse der Deutschland belassenen Armee benötigt wird.

Ist diese „Konvention“ erfüllt, dann will Frankreich, wollen die Alliierten in aller Ruhe ihre Demobilisation durchführen. Die Einzelheiten des ganzen Planes werden erst bekanntgegeben werden. Doch wird man diesmal den deutschen Unterhändlern länger Frist zur Erklärung der Zustimmung oder Ablehnung lassen, weil für das neue Waffenstillstandsabkommen die Unterschrift der gesamten Regierung und der Nationalversammlung in Weimar gefordert wird. In den Kreisen der Verbündeten ist man überzeugt, daß Frankreich nach Durchsetzung dieser Forderungen zufriedengestellt sein und endlich seinen Widerstand gegen den Völkerbund aufgeben wird. Darum aber handelt es sich für Wilson in erster Linie. Amerikas Volk will den Völkerbund, den es als Grundlage des Friedens und als Sicherung gegen die Wiederkehr des Krieges betrachtet. Und so mußte denn Wilson, der Gerechte, in die neue Abzuspaltung Deutschlands willigen, mußte es Deutschland völlig opfern, um wenigstens die Aussicht zu retten, daß auch Frankreich der Völkerbunds Idee mit allem, was dazu gehört, zustimmt.

Mit allem, was dazu gehört! Da ist gesagt worden, der Völkerbund müsse den Krieg nach dem Kriege, d. h. jeden Wirtschaftskampf, wie die Vorenhaltung von Rohstoffen, ausschließen. Angesichts der deutschen Vertriebskraft und des deutschen Fleißes, die trotz des gegenwärtigen Niederbruchs noch immer gefürchtet sind, glaubt Frankreich dieser Klausel nicht ohne weiteres zustimmen zu dürfen. Es mußte angeblich in Gemeinschaft mit Belgien die Forderung durchdrücken, daß beide Staaten während der Zeit des Wiederaufbaus im Bezug von Rohstoffen aus Deutschland bevorrechtet sind und daß für dieselbe Frist ihr Rohstoffbedarf aus Übersee vor dem deutschen gedeckt wird.

Präsident Wilson aber beharrt darauf, daß die Krone aller Verhandlungen der Bund freier und gleichberechtigter Völker sein müsse. Wie er eines Tages angesichts der Pariser Zwischenspiele und der neuen Zwangsmassnahmen gegen Deutschland der Welt verkünden will, seine vierzehn Punkte seien die stützende Grundlage des Dauerfriedens in der Welt geworden, ist freilich vorläufig noch sein Hoffen.

Ausschreitungen in Duisburg und Mülheim.

Der Soldatenrat raubt 75 000 Mark.

Duisburg, 13. Februar.

In die Reichsbankstelle in Mülheim-Ruhr drangen Mitglieder und Beauftragte des dortigen Soldatenrates ein und erprehten mit Gewalt die Auszahlung von 75 000 Mark als Wohnungsgelder für ihre Zwecke, ohne daß sie die geringste Berechtigung dazu hatten.

In Duisburg demonstrierte eine 5000 köpfige Menge vor dem Rathaus gegen den Beschluß der Stadtverordneten, eine fünfte Vierteljahresrate zu erheben. Die Demonstranten drangen in das Rathaus ein, holten unter Mithandlung der Oberbürgermeister und den Bureaudirektor heraus und zwangen beide, im Zuge mitzugehen und abwechselnd eine mitgeführte rote Fahne zu tragen. Später wurden die Beamten wieder freigelassen. Abordnungen der Demonstranten drangen in die Cafés, wiesen die Gäste hinaus und erzwangen die Schließung der Lokale. Den Straßenbahnführern wurden die Räder fortgenommen, so daß der Straßenbahnverkehr auf einige Stunden zum Stillstand kam. In den Abendstunden kamen einige Plünderungen vor. Das Gerichtsgefängnis wurde gleichfalls von den Demonstranten geöffnet, sämtliche Inhaftierten sind freigelassen worden.

Kowno von den Bolschewisten genommen.

Die Polen bei Womst geschlagen.

Berlin, 13. Februar.

Einer in Berlin eingetroffenen Meldung zufolge, ist Kowno, das schon seit einer Woche ernstlich bedroht war, gestern von den Bolschewisten eingenommen worden. Eine amtliche Bestätigung dieser Nachricht liegt noch nicht vor.

Nach kräftiger Artillerievorbereitung haben brandenburgische und schlesische Regimenter zwischen Unruhstadt und Womst angegriffen und die Stadt Womst nach zäher Gegenwehr genommen. Der Angriff ist in gutem Fortschreiten; auch Unruhstadt und Schall Neuborf sind von uns besetzt. — Generalleutnant Schall von Hindenburg ist mit dem Großen Hauptquartier in Kolberg, von der Bevölkerung jubelnd begrüßt, eingetroffen.

Ein Hauptschlag gegen die Bolschewisten.

Die Verhaftung Nadeks.

Berlin, 13. Februar.

Die Haupten des deutschen Bolschewismus und geistigen Urheber der blutigen Strakampfe fallen eins nach dem anderen. Der Findigkeit eines Berliner Kriminalbeamten war es gelungen, den Aufenthalt Nadeks alias Sobellohn ausfindig zu machen und das Nest mit Hilfe des Militärs restlos auszunehmen. Nadek hat sich die ganze Zeit, abgesehen von einigen kurzen Abstechern nach auswärts, in Berlin unter verschiedenen falschen Namen, Dr. Richards, Dr. Freund, Dr. Merker usw. aufgehalten und öfter seine Wohnung gewechselt.

Aushebung des Nestes.

Still und bescheiden, von den Hausbewohnern kaum beachtet, hatte Nadek als Dr. Richards zuletzt mit seiner Sekretärin Lina Beder und seiner Stenotypistin in dem Hause Paulsbörnerstraße 93 Quartier genommen. Die Kriminalpolizei hatte aber bereits Witterung und ließ ihn nicht aus den Augen. Ein besonders mit der Angelegenheit beauftragter Beamter warf endlich die Schlinge. Er

erbat vom Regiment Reinhard, sofort gewährt, militärische Hilfe. Das Haus wurde umstellt und in Begleitung von einem Offizier und sechs Mann drang der Beamte in Nadeks Wohnung. Der Kriminalbeamte trat auf Nadek zu, der in Unbetracht der bewaffneten Macht keinerlei verdächtige Bewegung machte, und sagte: „Sie sind Karl Nadek. Ich verhafte Sie!“ Nadek wurde sehr bleich und behauptete, daß hier ein Versehen vorliege. Er sei ein Arzt und habe mit dem Gefuchten nicht das geringste zu tun.

„Garantieren Sie für mein Leben?“

Als er aber trotz seiner Beugung mit den beiden Mäcden verhaftet wurde, strich er die Segel. Er, der unbedenklich Hunderte von Menschen auf der Straße in den Tod hefte, verfügt über keinerlei persönlichen Mut und gab schnell klein bei, als der Offizier ihm auf seine bänglichen Fragen: „Garantieren Sie für mein Leben? Darf ich hoffen, daß mir unterwegs nichts passiert?“ nollen Schutz zusagte. Der Verhaftete wurde zum Regiment Reinhard eskortiert, wo er dem Obersten Reinhard erklärte, er sei Mitglied der russischen Regierung und als solcher hier tätig. Außerdem sei er von Richard Müller und Mollenbuhr herbeigerufen worden. Im Besitz Nadeks fand man eine kleine Apotheke mit Giftstoffen. Er fürchtete für sein kostbares Leben und nahm aus Furcht vor Vergiftung nach jedem Genuß von Speisen und Getränken Gegengift.

Allgemeiner Bolschewistenputsch im Frühjahr.

Die Aushebung Nadeks ist gerade zur rechten Zeit erfolgt, denn seine Haupttätigkeit bestand darin, die Verbindung zwischen Berlin und Moskau aufrecht zu erhalten und alle Vorjorgen dafür zu treffen, daß im Frühjahr ein großer bolschewistischer Putsch im ganzen Reiche losbrechen sollte, während die rote bolschewistische Armee gleichzeitig die deutschen Ostgrenzen angriff. Diese Pläne werden nun durch die Verhaftung Nadeks empfindlich gestört, wenn nicht unmöglich gemacht. In Nadeks Wohnung fand man ganze Haufen von Briefen, Flugblätter und Mitgliederlisten und schon ein flüchtiger Überblick gestattete das Urteil, daß durch die Verhaftung Nadeks und die Beschlagnahme seiner Akten die ganze Geheimorganisation der Spartakisten aufgedeckt ist.

Das Urteil der Regierung.

Von ausländischer Seite verlautet, daß die Regierung die Ergreifung Nadeks außerordentlich begrüßt und auf dem Standpunkt steht, daß die Festnahme und Verhaftung Nadeks mit den auswärtigen Beziehungen in keinem Zusammenhang steht. Nadek, der sich eines Verbrechens schuldig gemacht hat, wird nach den deutschen Strafgesetzen abgeurteilt werden, gerade so wie jeder andere Verbrecher, der auf deutschem Boden sich vergangen hat und ergriffen worden ist. — In einer Rundschrift an den Vorwärts bestreiten Richard Müller und Mollenbuhr, daß sie eine Einladung an Nadek hätten ergehen lassen.

Nadek protestiert gegen die Festnahme.

Wie halbamtlich erklärt wird, bestonte bei seiner Verhaftung der Russe, daß er als Mitglied der russischen Sowjetregierung widerrechtlich festgenommen worden sei, und daß die deutschen Gerichte deshalb nicht in der Lage seien, gegen ihn vorzugehen. Diese Annahme ist jedoch irrig, da Nadek allein schon durch seine Rückkehr nach Deutschland gegen die Verordnung der deutschen Regierung verstoßen hat, welche die Sowjetvertretung aus Berlin ausgewiesen hat. Das Verfahren gegen Nadek dürfte schon in kurzem eröffnet werden.

Soziales und Provinzielles.

Halver, den 15. Februar.

Der Parteitag der Deutschen demokr. Partei des Bezirks Amsberg, der am Samstag im Parkhause in Hagen zusammentrat, war von fast 300 Vertretern aus annähernd 100 Ortsgruppen besucht. Stadtverordneter Bönenbed Hagen eröffnete um 10¹/₂ Uhr vormittags die Versammlung. Es betonte, daß mit neuer Kraft und neuem Mut an die Arbeit zu gehen besonders dort, wo die letzten Wahlen eine zielbewusste Organisation noch hätten vermissen lassen. Schriftleiter Buschmann-Schwelm erstattete den Bericht über die Wahlen vom 19. und 26. Januar. Die Erfolge seien durchaus zufriedenstellend für die Deutsche demokratische Partei gewesen, die bei den deutschen Nationalwahlen 5¹/₂ Millionen Stimmen auf sich vereinigt habe und somit als zweitgrößte Partei aus dem Wahlkampf hervorgegangen sei. Im Bezirk Amsberg hätte das Wahlergebnis nur diejenigen enttäuscht, die die ungeheuren Schwierigkeiten, den steinigten Boden des Bochumer und Schenklicherer wie Siegeler Neulandes zu bearbeiten, unterschätzt hätten. Unter lautem Beifall der Versammlung wendet sich Redner gegen die Art des Wahlkampfes, wie er von den rechtsstehenden Parteien gegen die Deutsche demokratische Partei beliebt wurde und begrüßt das Erscheinen einer Flugzettel zur Kennzeichnung der gegnerischen Methode an der Hand der deutsch-nationalen und volksparteilichen Inserate und Flugblätter. In der Aussprache wird der Entschluß über diese oft ungläubliche Kampfsweise lebhaft von allen Seiten Ausdruck gegeben. — An Stelle des nicht eingetroffenen Herrn Rektor Kopisch-Berlin spricht Herr Oberbürgermeister Guvo-Hagen über Aufgaben der Deutschen demokratischen Partei für die Gemeinbewahlen. Der überaus anregende und lehrreiche Vortrag behandelte erschöpfend allgemeine Fragen, Bildungsfragen, Armen- und Wohlfahrtspflege, Boden-, Wohnungs- und Verkehrsfragen, Angelegenheiten der Arbeiter, Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die demokratische Weltanschauung mußte diese Gebiete einer weltanschaulichen Gemeindepolitik durchdringen. In der Aussprache nahm die Stellung zu den kommenden Kommunalwahlen den Hauptplatz ein. Eine Entschleßung, grundsätzlich verbundene Listen mit den rechtsstehenden Parteien abzulehnen und, da auch ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten nicht in Betracht komme, die Parole der Nationalwahlen: „Gerade aus“ zu befolgen, wurde einstimmig angenommen. — Nach der Mittagspause wurden Wahlen getätigt. Zum Bezirksvorsitzenden wurde Herr Stadiv. Bönenbed wiedergewählt. — In dem Schlussvortrag entwickelte Parteisekretär Stens-Hagen ein klares Bild über die Lösung der wichtigsten Organisationsfragen, und in der Aussprache wurde wieder betont, daß ohne Fleiß kein Preis zu erringen sei. — Unter langanhaltendem, stürmischen Beifall wurde eine Entschleßung-Mittheilung angenommen, der kommenden Protest gegen die Zurückbehaltung unserer Gefangenen in schimpflicher Sklaverei, sowie gegen die völkerrrechtswidrige Behandlung der Madensen Armee einlegt, sowie eine weitere Entschleßung gegen jedwede

Die Verlobung ihrer Tochter Käthe mit
Herrn Werner Bettenhäuser, Marine-
Oberingenieur, zeigen an
Albert Lüsebrink und Frau
Anna geb. Eversberg.
Halver in Westfalen.

Meine Verlobung mit Fräulein Käthe
Lüsebrink, Tochter des Fabrikanten
Herrn Albert Lüsebrink und seiner
Gemahlin Anna geb. Eversberg zeige ich an
Werner Bettenhäuser
Marine-Oberingenieur.
Kiel, Wrangelstr. 43.

Gemeindeverordnetenwahl Halver.

Auf Grund des § 30 der Wahlordnung gebe ich nachstehend die im Auftrage des Landrats festgesetzten Stimmbezirke, die Namen der Wahlvorsteher und deren Stellvertreter sowie die Wahlräume bekannt:

Bezeichnung des Stimmbezirks	a) des Wahlvorstehers b) des Stellvertreters			Wahlraum
	Name	Stand	Wohnort	
1. Bezirk: Schulbezirk Halver West.	a) Fr. Fischer b) R. Reitz	Hauptlehrer Fabrikant	Halver	Wahlhaus zur Fuhr in Halver
2. Bezirk: Schulbezirk Halver Ost.	a) Rittinghaus b) Rob. Boule	Lehrer Kaufmann	"	Wahlhaus zur Post in Halver
3. Bezirk: Schulbezirk Bergfeld.	a) W. Feldfeld b) R. Rimprecht	Landwirt Fabrikant	Wegerhof Schneehohl	Wahlhaus W. Funte in Wilhelmshöhe
4. Bezirk: Schulbezirk Schwenke.	a) G. Empeper b) G. Wiebusch	Fabrikant Landwirt	Schwenke i. d. Beyer	Wahlhaus zur Post Wahlhof Schwenke
5. Bezirk: Schulbezirk Giesfeld.	a) W. Lausberg b) H. Diegel	Landwirt Fabrikant	Ober Wahlfeld Giesfeld	Wahlhaus A. Panne in Grünbaum
6. Bezirk: Schulbezirk Heesfeld.	a) Kreimendahl b) J. Brütterich	Landwirt Pader	Stegen Gies	Wahlhaus W. Gerle in Gieshausen
7. Bezirk: Schulbezirk Ehringhausen und Oberbrügge.	a) G. Biersper b) Karl Wisse	Kaufmann Schleifer	Ehringhausen Bömmelbach	Wahlhaus Wm. Turt in Ehringhausen
8. Bezirk: Schulbezirk Anschlag.	a) W. Empeper b) Pulvermacher	Landwirt Fabrikant	Engsfeld Bömmel	Wahlhaus V. Bürger in Anschlag
9. Bezirk: Schulbezirk Buschhausen.	a) W. Herberg b) R. Eversdahl	Fabrikant Landwirt	Buschhausen Bede	Schule in Buschhausen

Vorstehende Uebersicht wird in Abänderung meiner Bekanntmachung vom 31. Januar 1919 mit dem Bemerkten veröffentlicht, daß die Gemeindeverordnetenwahl am 2. März 1919 stattfindet. Die Wahlhandlung beginnt um 9 Uhr vormittags und wird um 8 Uhr nachmittags geschlossen.

Jeder Wähler, der seine Stimme abgeben will, hat sich während dieser Zeit mit einem Stimmzettel, der die Namen der Bewerber, denen er seine Stimme geben will enthält, in dem Wahlraum seines Stimmbezirks einzufinden. Er nimmt dort aus der Hand einer dazu bestimmten Person einen abgestempelten Umschlag, begibt sich sodann in den Nebenraum oder an den Nebentisch, steckt dort seinen Stimmzettel in den Umschlag, tritt an den Vorstandstisch, nennt seinen Namen und auf Ersfordern seine Wohnung und übergibt, sobald der Schriftführer den Namen in der Wählerliste aufgefunden hat, den Umschlag mit dem Stimmzettel dem Wahlvorsteher oder dessen Stellvertreter, der ihn sofort unersöffnet in die Wahlurne legt.

Die Stimmzettel sollen 9 : 12 Zentimeter groß sein. Ungültig sind Stimmzettel

1. die nicht in einem amtlich abgestempelten Umschlag, oder die in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag übergeben worden sind;
2. die nicht von weißem Papier sind;
3. die mit einem Kennzeichen versehen sind;
4. die keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten;
5. aus denen nicht die Person mindestens eines Bewerbers unzweifelhaft zu erkennen ist;
6. die eine Verwahrung oder einen Vorbehalt gegenüber allen Gewählten enthalten;
7. die Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen enthalten;
8. die ausschließlich auf andere als die in den öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschlägen aufgeführten Personen lauten.

Mehrere in einem Umschlag enthaltene gleichlautende Stimmzettel gelten als eine Stimme, in einem Umschlag enthaltene, auf verschiedene Personen lautende Stimmzettel sind ungültig.

Zutritt zum Wahlraum hat jeder Wahlberechtigte. Im Wahlraum dürfen weder Ansprachen gehalten, noch Stimmzettel aufgelegt oder verteilt werden. Der Wahlvorstand kann jeden aus dem Wahlraum verweisen, der die Ruhe und Ordnung der Wahlhandlung stört; ein Wahlberechtigter, der hiervon betroffen wird, darf vorher seine Stimme abgeben.

Wähler, die durch körperliche Gebrechen behindert sind, ihre Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen und diese dem Wahlvorsteher zu übergeben, dürfen sich der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen.

Halver, den 12. Februar 1919.

Der Amtmann.

Amt Halver.

Ware Nr. 7 des Lebensmittel-Ausweises.

Abgabe erfolgt
auf rote Warenkarte Nr. 21 in der Verkaufsstelle des
Kaufmanns Max Laiffe in Oberbrügge
am Montag, den 17. Februar 1919
an die zum Käsebezug berechtigten Inhaber der Lebensmittel-Ausweis-Nr.

801—850	nachmittags	2 Uhr,
851—900	"	3 "
901—950	"	4 "
951—1000	"	5 "
1001—1040	"	6 "

Die Bezugsberechtigten wollen sich pünktlich zu der für sie festgesetzten Zeit in der Verkaufsstelle einfinden.
Halver, den 14. Februar 1919. Der Amtmann.

Amt Halver.

Ware Nr. 9 des Lebensmittel-Ausweises.

Abgabe für den Zeitraum vom 16. Februar bis 28. Februar 1919 auf.
gelbe Warenkarte Nr. 36 je 350 Gramm
grüne " " 29 " 350 "
in den Lebensmittelgeschäften des Amtsbezirks.
Halver, den 13. Februar 1919. Der Amtmann.

Amt Halver

Weizenanzügmehl.

Bei der Abholung des Weizenanzügmehls ist von jetzt ab der Lebensmittel-Ausweis vorzulegen. Ohne Ausweis wird kein Weizenanzügmehl mehr abgegeben. Die Geschäfte sind angewiesen, die Abgabe des Mehls auf dem Ausweis zu vermerken.
Halver, den 14. Februar 1919. Der Amtmann.

Der Amtmann.

Turn-Verein 'Unter den Linden' Halver.

Am 18. Febr. Abends 8 1/2
Uhr
Vorstandssitzung
im Vereinslokal.

Erfahrene
Schmiede
für Bügeleisen und
Hackenpresse gesucht.
Wohnung vorhanden.
Gustav Berghaus,
Oberbrügge.

Butterbrot-
papier
neu eingetroffen.
Wilh. Bell jr., Halver.

Karbid
wieder vorrätig.
C. Zimmermann, Dhl-Rönshl.

Amt Kierspe.

Wahl der Gemeindevertreter.

Durch die Verordnung der preussischen Regierung vom 24. Januar 1919 sind die Gemeindevertretungen aufgelöst und Neuwahlen bis spätestens zum 2. März ds. Js. angeordnet. Die Wahlen finden am Sonntag, den 2. März von 9—8 Uhr statt. Für die Vornahme der erstmalig stattfindenden Wahlen ist die Wahlverordnung für die verfassungsgebende preussische Landesversammlung mit der Maßgabe anzuwenden, daß anstelle des Wahlkommissars der in den Gemeindeverordnungen festgesetzte Wahlvorstand d. i. in den Landgemeinden der Amtmann, tritt. Die Wählerlisten zur Preussischen Landesversammlung bilden die Grundlagen für die Wahlen der Gemeindevertreter. Die Abstimmungsbezirke, Wahlräume, Wahlvorsteher und Stellvertreter werden jedoch im Auftrage des Herrn Landrats zu Altena wie folgt geändert.

Wahlbezirk Kierspe 15 Vertreter Abstimmungs- bezirke	Umfahrt die Ortschaften des	Wahlraum	Wahlvorsteher	Stellvertreter
1	Schulbezirk Kierspe	Hotel Berliner Hof	Hornigshausen Amtsbe- geordneter Kierspe	Paul Müller, Haupt- lehrer
2	Schulbezirk Böhlinghausen	Hotel Cramer	G. A. Wirth, Fabrikant Kierspe f.	Ph. Baum, Postverwalter
3	Schulbezirk Bornberg	Gasthof Gellensbaum	Willy Schieder Fabrikant Schleife	Fr. Reininghaus, Grünenbaum
4	Schulbezirk Berken, Bollwerk auschl. Feld Bornholt, Voh- feld u. Lammende	Gasthof Rönig in Bollwerk	H. Engsfeld Gemeindevor- steher in Bollwerk	J. Cordt Hammer- schmied in Bollwerk
5	Schulbezirk Schmidthausen einschl. Feld Bornholt, Vohfeld und Lammende	Gasthof Pfenning Neuenhaus	Herrn. Vankloh Landwirt in Schmidthausen	O. Sondernmann, Hammer- schmied in Hölterhaus
6	Schulbezirk Hückinghausen	Gasthof Huppert Kierspehagen	Gb. Dittmar Lehrer in Hückinghausen	Willy Bittj, Landwirt und Fabrikarbeiter
Wahlbezirk Rönshl 6 Vertreter 1	Gemeindebezirk Rönshl	Gasthof Sure	Willy Müller, Gemeinde- vorsteher in Rönshl	Aug. Benninghaus, Kauf- mann in Rönshl.

Ich ersuche, mir Wahlvorschläge möglichst bald, spätestens aber bis zum 20. Februar ds. Js. einzureichen. Später eingehende Wahlvorschläge können nicht berücksichtigt werden. Die Wahlvorschläge müssen von wenigstens 20 im Gemeindebezirk zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet sein. Sie dürfen nicht mehr Namen enthalten, als Gemeindevertreter in der Gemeinde zu wählen sind. Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag anzuschließen. In demselben Gemeindebezirk darf ein Bewerber nur einmal vorgeschlagen werden.

Mehrere Wahlvorschläge können miteinander verbunden werden. Die Verbindung muß von den Unterzeichnern der betreffenden Wahlvorschläge oder ihrem Bevollmächtigten übereinstimmend spätestens am 20. Februar bei mir schriftlich erklärt werden. Verbundene Wahlvorschläge können nur gemeinschaftlich zurückgenommen werden. Die verbundenen Wahlvorschläge gelten den andern Wahlvorschlägen gegenüber als ein Wahlvorschlag.

Nach der später erfolgenden öffentlichen Bekanntgabe der zugelassenen Wahlvorschläge können diese nicht mehr zurückgenommen, auch kann ihre Verbindung nicht mehr aufgehoben werden.

Die Wahlordnung vom 30. November 1918 bestimmt im übrigen noch folgendes über die Wahlvorschläge und ihre Verbindung:

§ 14. In den Wahlvorschlägen sollen die Bewerber mit Ruf- und Familiennamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf, sowie ihr Wohnort so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen.

§ 15. Die Unterzeichner der Wahlvorschläge sollen ihre Unterschriften, die Angabe ihres Berufs oder Standes und ihre Wohnung beifügen.

Gleichzeitig mit dem Wahlvorschlag sind außer den durch § 11 Abs. 3 des Reichswahlgesetzes vorgeschriebenen Zustimmungserklärungen der vorgeschlagenen Bewerber Bescheinigungen der Gemeindebehörden vorzulegen, daß die Unterzeichner in die Wählerliste aufgenommen worden sind. Die Gemeindebehörden haben solche Bescheinigungen auf Antrag unverzüglich gebührenfrei auszustellen.

§ 16. In jedem Wahlvorschlag soll ein Vertrauensmann bezeichnet werden, der für die Verhandlungen mit mir zur Rücknahme des Wahlvorschlags sowie zur Abgabe und Rücknahme von Verbindungserklärung bevollmächtigt ist. In derselben Weise kann ein Stellvertreter des Vertrauensmannes, bezeichnet werden. Fehlt die Bezeichnung des Vertrauensmannes, so gilt der erste Unterzeichnete als solcher.

Erklärt mehr als die Hälfte der Unterzeichner eines Wahlvorschlags schriftlich, daß der Vertrauensmann oder sein Stellvertreter durch einen andern ersetzt werden soll, so tritt dieser an die Stelle des früheren Vertrauensmannes, sobald die Erklärung bei mir eingeht. In den Wahlausschuß, der unter meinem Vorsitz zusammentritt, sind für die Gemeinde Kierspe die Herren: Hornigshausen, F. A. Vollmann, Hugo Vollmann und Markus, für die Gemeinde Rönshl die Herren: Benninghaus, Klüppelberg-Vöhl, Frettlöh und Jünger.

Kierspe, den 12. Februar 1919.

Der Amtmann: Hiltbrandt.

Warnung!

Zu meinem Erstaunen sehe ich, daß die Einfriedigung meiner Anlagen an der Bömmelbacher-
seite sehr stark beschädigt, zum Teil ganz niedergerissen, mit Äsche und mit sonstigem Unrat verunziert worden sind. Ich mache darauf aufmerksam, daß ich jedes Betreten derselben sowie das Mitnehmen von Holz
ohne meine Erlaubnis
zur Anzeige bringen werde.
Frau Heinrich Steinbach,
Oberbrügge.

Komplette
Taschenlampen
und
lose Batterien
empfiehlt
Wilh. Bell jr., Halver.

Gstattes, ziemlich astfreies
Eichen-, Eichen-, Buchen-,
Stammholz
über 15 cm Durchmesser kaufen
Gebr. Dahlhaus
Stephansohl b. Brügge.

Das Fahren und Gehen

Aber meine Vändereten auf
Kückelhausen und Ehberg
wird hiermit strengstens unter-
sagt. Zuwiderhandelnde werden
zur Anzeige gebracht.

Ludwig Bürger, Anschlag.

Dr. Ad. Meier's Sanatorium
Bremen, Rotenburgerstr. 1
Spezial-
behandlung von Hautkrankheiten.

Lupus äuss. Krebs.
Fressflechte, Hauttuberkulose, Fi-
stel, Hautgeschwülsten ohne
Operation ohne Bestrahlung nach
eigener langjähr. erprob. Methode
Ausführlicher Prospekt kostenlos.
Behandl. von Beinleiden
Radiuminstitut.

Sämtliche

**Zeitschriften
und Bücher**
liefert zu Verlegerpreisen
die Buchhandlung
Wilh. Bell jr., Halver.

Katholische Gemeinde Halver.
Sonntag, den 16. Februar.
8 Uhr: Frühmesse m. Predigt.
10 1/2 Uhr: Hochamt. "
2 1/2 Uhr: Andacht.

Evangel. Vereinshaus Halver.
Sonntag, den 16. Februar.
Nachm. 1 1/2 Uhr: Sonntag-
schule.

Nachm. 4 Uhr: Bibelstunde.
Missionar Glasberg.
Abends 8 Uhr: Jungfrauen-
Verein, Abschiedsfeier wo-
zu alle Mitglieder herzlich
eingeladen sind.
Samstag abends 8 1/2 Uhr:
Altanz-Gebetsstunde.

Blutkreuzverein Halver.
Eölnersstraße 8.
Sonntag, den 16. Februar.
Nachm. 1 1/2 Uhr: Hoffnungs-
bund.
Nachm. 5 Uhr: Bibelstunde
Mittwoch abends 9 Uhr:
Bibelbesprechung.

1 Waggon
Bement
angekommen.
C. Zimmermann, Dhl-Rönshl.
Erhielt einen Transport

 **Schweine.**
Ewald Harke, Oberlangenscheid,
Telefon 128.